

"Industrie ist Schlüsselplayer für den Klimaschutz"

Branchenvertreter plädieren für gezielte Investitionsanreize und eine global einheitliche CO₂-Bepreisung.

26.08.2021, 10:50



© ADOBE STOCK/ARTJAZZ

Mit dem gezielten Einsatz innovativer Zukunftstechnologien kann die Klimawende gelingen.

Angesichts zunehmender Wetterextremereignisse kommt der Klimawandel nicht aus den Schlagzeilen. Mit ambitionierten Klimazielen soll nun gegengesteuert werden. „Österreichs Industrie ist für die Erreichung der Klimaziele ein Schlüsselplayer. Um hier treibende Kraft zu sein, brauchen wir rasch die richtigen Rahmenbedingungen“, so Sigi Menz, Obmann der Bundessparte Industrie in der WKÖ. Doch die Klimaziele dürften nicht in zusätzlichen rot-weiß-roten Hürden münden, warnt der Branchenvertreter: „Wir brauchen einen wettbewerbsfähigen europäischen Rechtsrahmen ohne zusätzliche nationale Belastungen.“ Dazu gehören laut Menz nicht nur Technologieoffenheit und -vielfalt, sondern auch die richtigen Anreize. Eine neue Kostenlawine durch die verschärften 2030-Ziele schwäche die Industrie im internationalen Standortwettbewerb. „Durch Mehrfachbelastungen und fehlenden Carbon-Leakage-Schutz für die energieintensive Industrie nimmt sich der Standort Europa selbst aus dem Spiel“, mahnt er.

Damit die Klimawende gelinge, sei es unabdingbar, „unsere Unternehmen bei Investitionen zu unterstützen, und zwar effizient und zeitnahe. Nur wenn wir klimarelevante Zukunftstechnologien heute vorantreiben, können sie morgen auch wettbewerbsfähig angewendet werden.“

Investitionsförderungen forcieren

Die Bundessparte Industrie setzt sich daher für Investitionsförderungen wie etwa einen erhöhten Investitionsfreibetrag für Zukunftsbereiche ein. „Wenn wir die ambitionierten Vorgaben der EU-Klimaziele wirklich ernsthaft angehen wollen, braucht Österreichs Industrie dafür Planungssicherheit.“ Vorrangiges Ziel müsse auch eine global einheitliche, verbindliche CO₂-Bepreisung sein. „Das ist der größte Hebel im Kampf gegen die Klimakrise.“

Der Standort Europa müsse auch bei „minus 55 Prozent“ wettbewerbsfähig bleiben, das sei die Messlatte für die Überarbeitung des EU-Rechts. „Andernfalls wäre es ein riskantes Vorgehen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch noch strengere Vorgaben, noch höhere Kosten,

noch mehr Bürokratie zu gefährden, ohne signifikant zum Klimaschutz beizutragen“, schließt der Bundesspartenobmann.

Das könnte Sie auch interessieren



Payer investiert weitere zehn Millionen in St. Bartholomä

Stolze „Wochenbilanz“ bei Payer: Neues Großkundenprojekt, zehn Millionen Euro Investition am Stammsitz und Besuch vom Botschafter aus Malaysia. [➤ mehr](#)



Es wird noch kein Winter wie damals

Auch wenn die Covid-Regeln gelockert wurden, so bleiben die Gäste vorsichtig. Die Energieferien retten den Winter nicht. [➤ mehr](#)



Corona-Krise löst Vorsorgeboom aus

Trotz finanzieller Kollateralschäden durch die Pandemie legen Österreicher mit 226 Euro monatlich fast doppelt so viel auf die Seite wie noch vor drei Jahren. [➤ mehr](#)